

Antrag

der Abgeordneten Horst Seehofer, Birgit Schnieber-Jastram, Rainer Eppelmann, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Klaus Hofbauer, Karl-Josef Laumann, Julius Louven, Wolfgang Meckelburg, Claudia Nolte, Franz-Xaver Romer, Heinz Schemken, Johannes Singhammer, Andreas Storm, Thomas Strobl (Heilbronn), Peter Weiß (Emmendingen) und der Fraktion der CDU/CSU

Für eine gerechte Rentenanpassung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 12. November 1999 hat der Deutsche Bundestag mit der Mehrheit der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen den Entwurf des Gesetzes zur Sanierung des Bundeshaushalts beschlossen. Für den Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung regelt das Gesetz, dass die Rentenanpassungen für die Jahre 2000 und 2001 von der Nettolohnentwicklung abgekoppelt und nur in Höhe der Inflationsrate vorgenommen werden.

Die Union lehnt die Rentenanpassung entsprechend der Inflationsrate ab, da die Abkopplung der Rentenanpassung von der Nettolohnentwicklung dazu führt, dass die Rente nicht mehr auf der Grundlage der gezahlten Beiträge, sondern willkürlich nach aktueller Kassenlage gezahlt wird. Rentner und Beitragszahler werden hierdurch verunsichert und die Glaubwürdigkeit des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung insgesamt beschädigt. Durch solche Maßnahmen wird der Grundsatz der Generationensolidarität gefährdet. Die Rentenanpassung entsprechend der Inflationsrate verstößt auch gegen Versprechen von Bundeskanzler Gerhard Schröder, der im Februar 1999 gesagt hat: „Ich stehe dafür, dass auch in Zukunft die Rente so stark steigt wie die Nettolöhne.“

In der Rechtsverordnung zur Festsetzung der Rentenanpassung zum 1. Juli 2000 geht die Bundesregierung von einer Rentensteigerung in Höhe von 0,6 % aus. Die Preissteigerungsrate in diesem Jahr liegt allerdings – auch bedingt durch die Einführung der Ökosteuer durch die Bundesregierung – erheblich über der geplanten Rentenanpassung für 2000. Das Statistische Bundesamt ging im Januar von einer Preissteigerungsrate in Höhe von 1,6 % im Vergleich zum Vorjahr aus. Für Februar schätzt das Statistische Bundesamt eine Preissteigerung in Höhe von 1,8 %. Damit wird der Kaufkraftverlust der Rentner im Jahr 2000 durch die Rentenanpassung zum 1. Juli nicht ausgeglichen. Die Rentner müssen vielmehr einen Kaufkraftverlust im Jahr 2000 von ca. 1 % hinnehmen. Das macht für den Eckrentner einen Verlust von ca. 240 DM im Jahr aus. Hier wird deutlich, dass die Beschleunigung des Preisanstiegs auch auf die

von der Bundesregierung zu verantwortende Einführung der Ökosteuer zurückzuführen ist.

Die Rentenanpassung lediglich in Höhe von 0,6 % zum 1. Juli 2000 widerspricht dem Versprechen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Walter Riester, aus dem vergangenen Jahr. Am 10. September 1999 hat er angekündigt: „Die Rentenanpassungen, entsprechend der Preissteigerungsrate in den Jahren 2000 und 2001, bedeutet nichts anderes als die Sicherung der Kaufkraft der Rentner.“ Dieses Versprechen wird von der Bundesregierung gebrochen. Die Rentenanpassung zum 1. Juli 2000 wird deutlich geringer ausfallen als die Verbraucherpreise steigen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Regelung über die Rentenanpassung entsprechend der Inflationsrate in § 255c SGB VI außer Vollzug zu setzen. Auch darf die entsprechende Rechtsverordnung zur Höhe der Rentenanpassung zum 1. Juli 2000 nicht in Kraft gesetzt werden. Die Bundesregierung ist vielmehr gehalten, im konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten eine bessere Lösung für diesen Bereich zu erarbeiten. Um die Verunsicherung der Betroffenen zu beheben, muss schnell und klar gehandelt werden. Statt eines aus finanzieller Not geborenen Systemwechsels bedarf es einer langfristigen und für die Betroffenen kalkulierbaren Strategie für eine Rentenreform und – davon getrennt – entsprechenden Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte.

Berlin, den 20. März 2000

Horst Seehofer
Birgit Schnieber-Jastram
Rainer Eppelmann
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Klaus Hofbauer
Karl-Josef Laumann
Julius Louven
Wolfgang Meckelburg
Claudia Nolte
Franz-Xaver Romer
Heinz Schemken
Johannes Singhammer
Andreas Storm
Thomas Strobl (Heilbronn)
Peter Weiß (Emmendingen)
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion